

Stellungnahme der **Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. Land Brandenburg (VVN-BdA Brandenburg)**
vom 18. Mai 2012

im Anhörungsverfahren zur Gedenkstättenkonzeption (Mitteilungsvorlage des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Potsdam an die Stadtverordnetenversammlung 11/SVV/0947 vom 24.11.2011) und zur Frage der künftigen Trägerschaft der Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“

1. Die Konzeption des Oberbürgermeisters für die Potsdamer „Gedenkstätte Lindenstraße für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ gilt der zukünftigen Arbeit dieser Gedenkstätte als eines Erinnerungsortes mit mehrfacher Vergangenheit. Wie bewerten Sie den in der Konzeption niedergelegten Auftrag, die Prämissen und die Zielsetzungen der Gedenkstätte?

Die Bezeichnung "Haus des Terrors" (Konzeption für die Gedenkstätte Lindenstraße 54/55, S.5) lehnen wir ab. Begründung: Mit dieser Bezeichnung wird an das "Haus des Terrors" in Budapest und ähnliche Museen, wie es sie in anderen osteuropäischen Ländern gibt, die nach der Befreiung durch die Rote Armee dem sowjetischen Einflussbereich angehörten, angeknüpft. Die Nachkriegsgeschichte dieser Gesellschaften ist sehr stark geprägt von politischer Repression, die auch sehr hohe Todesopferzahlen mit sich brachten. Allein in der ČSR/ČSSR zählt man einige zehntausend Verhaftete und tausende Todesopfer (Vgl. dazu György Hodos: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa, Berlin (Ost) 1990). Mit der Wahl des Namens "Haus der Terrors" soll die Lindenstraße in einen überregionalen, (ost)europäischen Gedenkstätten-Zusammenhang gestellt werden, der eine ähnlich blutige und grausame Verfolgungsgeschichte wie in machen anderen europäischen Nachbarländern suggeriert. Diese Suggestion ist aber falsch, da in der SBZ und später in der DDR jene Schauprozesse, die in Ungarn, Bulgarien, Rumänien und der Tschechoslowakischen Republik zu den immensen Todeszahlen führten, aufgrund des Todes von Stalin im März 1953 nicht mehr stattfanden. Die stalinistische Repression, die in der DDR einsetzte, war wesentlich unblutiger als in anderen Ländern. Die Gleichsetzung dieser Geschichtsepochen als mit der tschechoslowakischen, ungarischen oder bulgarischen als vergleichbar, spricht jener Opfer in diesen Ländern Hohn. Bei der Beschreibung der Zielgruppen fehlen die NS-Verfolgten und ihre Angehörigen. Es finden sich lediglich die Verfolgtenorganisationen der Nachkriegszeit. Jüngsten historischen NS-Geschichtsforschungsergebnissen folgend wird die Traumatisierung der NS-Verfolgung aufgrund ihrer unvorstellbaren Unentrinnbarkeit in Familien intergenerationell tradiert (Vgl. Dina Wardi: Siegel der Erinnerung - Das Trauma des Holocaust. Psychotherapie mit den Kindern von Überlebenden, Stuttgart 1997; und: Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.: Kinder von KZ-Häftlingen - eine vergessene Generation, Münster 2011.). Deshalb geht der Trend, z.B. in der NS-Gedenkstätte Ravensbrück dahin, die zweite Generation genauer zu erforschen und in die Gestaltung der Gedenkstätte miteinzubeziehen. Wir vermissen die Einbeziehung der ersten Generation und die ausdrückliche Hinwendung an deren Angehörige als Besuchergruppe. Sie nehmen Bezug auf die "heterogene Struktur der Zielgruppen" in der Lindenstraße. Wir stimmen mit Ihnen in dieser Einschätzung überein und fordern erneut die Trennung der Gedenkorte für diese heterogenen Gruppen. Nach wie vor lehnen die NS-Verfolgten das gemeinsame Gedenken mit nach 1945 in der Lindenstraße Inhaftierten ab, da sich unter diesen auch Funktionsträger des Dritten Reiches befanden. Ein gemeinsames Gedenken ist nicht zumutbar, entschied das Europaparlament bereits 1993 als Reaktion auf die in Buchenwald provokativ von Neofaschisten durchgeführten Nazigedenken für NS-Täter, die sich unter den Häftlingen des Speziallagers fanden. Auch im Speziallager Torgau waren unter den Häftlingen nachweislich NS-Täter. NS-Überlebende, die darauf hinwiesen, dass NS-Tätern im Rahmen des Speziallagergedenkens öffentlich gedacht wird, wurden immer wieder beschimpft und diffamiert. Durch getrennte Gedenkorte in Gedenkstätten mit

"doppelter Vergangenheit" könnten solchen entwürdigenden Begegnungen vorgebeugt werden.

Sie streben eine engere Vernetzung mit der Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße an. Uns stellt sich die Frage, wie wir uns diese Vernetzung konkret vorstellen können? Immerhin bezieht der Leiter des ZZF, Dr. Hertle, in seinen Äußerungen über diese Gedenkstätte eine pointierte Gegenposition zur Arbeit der Leiterin Dr. Reich. Darüber hinaus nannte Dr. Hertle bei der Eröffnung des Ausstellungsmoduls in der Lindenstraße NS-Überlebende "Splittergruppen". In diesem diffamierenden Begriff zeigt sich die Ignoranz der Tragik von NS-Überlebenden, die allzu häufig durch die gründliche Vernichtungspolitik zu gesellschaftlichen Randgruppen wurden. Wir werfen die Frage auf, wie geeignet Dr. Hertle angesichts dieser Einstellung für die Leitung einer Gedenkstätte mit NS-Geschichtsanteilen ist.

Wir wünschen uns darüber hinaus die Verdeutlichung der Rolle des Hauses in der Lindenstraße als Beginn des Weges durch die KZs des NS. Eine enge Verbindung mit den nahegelegenen Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen ist daher zwingend notwendig. Ebenso Hinweise auf die Euthanasieanstalten in Brandenburg an der Havel und Hinrichtungsstätten wie Plötzensee etc.

2. Mit der Fertigstellung des Ausstellungsmoduls zum Nationalsozialismus (voraussichtlich im Jahr 2013) wird die Neugestaltung der Gedenkstätte vorläufig abgeschlossen sein. In welchen Bereichen sehen Sie die zukünftigen Schwerpunkte der Gedenkstättenarbeit? Wo sehen Sie Defizite, welche Prioritäten sollten gesetzt werden?

Wir als NS-Verfolgtenorganisation sehen einen großen Forschungsbedarf zur NS-Geschichte. Wir wissen, dass die Besatzungsmächte in den Speziallagern durchaus Täter inhaftierten. Allerdings ist zur Lindenstraße und deren Insassen im Zeitraum 1945 ff. bisher keine personenbezogene Forschung geleistet worden. Nach Aussagen Dr. Hertles sind diese auch in der nächsten Zukunft nicht geplant. Eine Gedenkstätte über den NS, die sich nicht den Tätern des NS-Terrors zuwendet, ist Makulatur.

Darüber hinaus wünschen wir uns eine Geschichtsdarstellung, welche die Gründe für die Anwesenheit des sowjetischen Geheimdienstes in Potsdam erklärt - damit meinen wir deutliche Verweise auf den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und die Menschenrechts- und Kriegsverbrechen, die Deutsche zwischen 1941 bis Anfang 1945 dort begangen haben. Erst die Benennung dieses Geschichtsteil macht deutlich, was die Nachkriegsgeschichte der Lindenstraße bedingte.

3. Welche Folgen hat nach Ihrer Ansicht der Verlust von Zeitzeugen für die Zeit des Nationalsozialismus und der unmittelbaren Nachkriegszeit sowie das Heranwachsen einer neuen Generation nach 1990 ohne eigene Diktaturerfahrung? Welche Konsequenzen sollte die Gedenkstättenarbeit daraus für die politisch-historische Bildungsarbeit ziehen?

Die Überlebenden des NS sind in der historisch-vermittelnden Arbeit nicht zu ersetzen. Zu dieser Entwicklung findet seit vielen Jahren eine intensive geschichtswissenschaftliche und auch pädagogische Debatte statt, die an dieser Stelle zu referieren aus Platzgründen nicht möglich ist (Vgl. dazu u.a. Tagungsbericht *Zukunft der Erinnerung - Zeugenschaft ohne Zeitzeugen*, Hannover 2010; Freundinnen des Sachsenhausenkomitees/ Lagergemeinschaft Ravensbrück/ Freundeskreis e.V.: *Die Zukunft der Erinnerung - Perspektiven antifaschistischer Erinnerungsarbeit*, Potsdam 2005). Allerdings haben sich weder die bisherige Gedenkstättenleiterin Frau Schnell, noch Dr. Hertle, auf diesem Forschungs- und Arbeitsgebiet als qualifizierte Fachkräfte ausgewiesen.

4. Die Gedenkstätte Lindenstraße wird organisatorisch, personell und finanziell neu aufgestellt,

wobei sich zukünftig die Landeshauptstadt Potsdam und das Land Brandenburg die Kosten für den Betrieb teilen wollen. Voraussetzung dafür ist eine einvernehmliche Lösung der künftigen Trägerschaft zwischen Stadt und Land, die diese neue Kooperation abbildet. In der Vergangenheit (bis Ende 2011) war die Gedenkstätte dem Potsdam Museum verwaltungsmäßig zugeordnet; seit 1. Januar 2012 ist sie übergangsweise dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters zugeordnet. Um eine größtmögliche Selbständigkeit der Gedenkstätte zu erreichen, prüft der Oberbürgermeister derzeit Modelle einer kommunalen Stiftung als künftige Trägerform. Bitte nehmen Sie zu dieser Zielsetzung und den diesbezüglichen Überlegungen in der Gedenkstättenkonzeption Stellung und/oder schlagen Sie begründete alternative Möglichkeiten vor.

Die VVN-BdA wünscht sich nach wie vor die Einbindung der Lindenstraße in die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, weil wir aus den letzten Jahrzehnten wissen, dass diese Stiftung international renommiert und der komplexen Geschichtsdarstellung fähig ist. Die SBG verfügt seit 20 Jahren über intensive Erfahrungen auf dem Gebiet der Erforschung und Vermittlung von Geschichte. Sie verfügt über kompetentes Personal und ist aufgrund ihrer Kompetenzen und Kapazitäten die einzige Institution in Brandenburg, die eine Gedenkstätte von überregionaler Bedeutung - und eine solche ist die Lindenstraße - adäquat betreuen kann. Die NS-Überlebenden haben an verschiedenen Stellen mit der SBG gute Erfahrungen im menschlichen Umgang und ihren Geschichten gemacht, so dass wir uns die Fortsetzung dieser Beziehung auch in Potsdam wünschen.

5. Wie sollten Opfer- und Interessenverbände, wissenschaftliche und sonstige Institutionen zukünftig in die Strukturen der Gedenkstätte eingebunden werden? Welche Gruppen, Verbände und Vereine, Gedenkstätten und Museen, wissenschaftliche und sonstige Einrichtungen sollten in dem künftigen, voraussichtlich acht- bis zwölfsitzigen Beirat der Gedenkstätte vertreten sein?
